

Wilfried Karl

Das Ende der internationalen Nachkriegsordnung in Europa. Vom Ost-West-Konflikt zur hegemonialen Integration unter der Führung Deutschlands?¹

Zusammenfassung: Die Auflösung der Nachkriegsordnung in Europa ist vor allem gekennzeichnet durch den Zusammenbruch der 'realsozialistischen' Gesellschaftssysteme in den meisten Staaten der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) und durch den Beitritt der DDR zur BRD. Mit der »Vereinigung« der beiden deutschen Staaten stellte sich für die europäischen Nachbarn erneut die »deutsche Frage«, d.h. ob und wie das neue Deutschland auch in Zukunft zuverlässig eingebunden werden kann. Nachdem im Laufe des Jahres 1990 sowohl die »äußeren Aspekte der deutschen Einheit« verbindlich geregelt als auch die Neustrukturierung der sicherheitspolitischen Beziehungen in ihren Grundzügen abgeschlossen worden ist, läßt sich festhalten: Die vergrößerte Bundesrepublik unterliegt nach den Bemühungen um eine sicherheitspolitische Einbettung Deutschlands und um die Errichtung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur im Rahmen der »2+4-Gespräche«, der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses und der weitergehenden Integration im EG-Zusammenhang keinen qualitativ anderen oder neuen, souveränitätsbeschränkenden Verpflichtungen als vor dem DDR-Beitritt.

1. Macht und Integration

Macht und Integration sind die zentralen Kategorien in der wissenschaftlichen Diskussion in bezug auf die zwischenstaatliche Politik in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Grundlage für die Einschätzung als zentrale Kategorien ist ein Verständnis des internationalen Systems, das eben *nicht* durch Anarchie (also Herrschaftsfreiheit), sondern vom Gegenteil gekennzeichnet ist. Die »Schlüssel-aufgabe« der Wissenschaft von der internationalen Politik ist es deshalb, »die Macht- und Herrschaftsstrukturen (unter Nationen) zu erhellen« und »nach der Begrenzung dieser Herrschaft zu fragen«. (Albrecht 1986: 126)

Da noch keine hinreichende Konzeptualisierung und Operationalisierung des Machtbegriffs existiert (Rohe 1984: 306), geschweige denn eine »einigermaßen verbindliche politikwissenschaftliche Theorie von Macht« vorliegt (Albrecht 1986: 36), muß auch hier auf die soziologische Bestimmung Max Webers zurückgegriffen werden, wonach Macht als »Chance« begriffen wird, eigene Interessen gegen Widerstreben durchzusetzen. Dieser Ansatz geht über die »biogistischen Setzungen« der realistischen Schule hinaus, für die Erlangung, Erhalt und

1 Der Beitrag basiert auf einem ausführlicherem Text (Karl 1990), in dem sich detailliertere Belege finden.

Ausbau von Macht letztendlich selbstevident sind. (Albrecht 1986: 32f.) Unter politologischen Erkenntnisinteressen ist vielmehr davon auszugehen, daß Macht *primär* einen instrumentellen Charakter für die relevanten Akteure hat, wobei versucht wird, ein vorhandenes Machtpotential in funktionaler oder struktureller Weise zu nutzen.² Von den relevanten Akteuren werden hier vorrangig die Nationalstaaten und die dank gleichgerichteter Interessen aus Nationalstaaten begründeten Bündnisse und Kooperationszusammenschlüsse betrachtet, weil Sicherheitspolitik noch immer wesentlich von nationalstaatlichen Akteuren bestimmt, formuliert und umgesetzt wird. Die massive Bedeutungsausweitung des Begriffs Sicherheit auf andere als Militär und Rüstung betreffende Bereiche spiegelt zwar nicht nur die zunehmende Verwundbarkeit komplexer, hochindustrialisierter Gesellschaften, sondern verweist v.a. auf die gewachsenen globalen ökonomischen Verflechtungen und die damit einhergehende höhere Zahl unterschiedlicher Akteure, die über den »Output« des internationalen Systems mitbestimmen. Aber selbst im ökonomischen Bereich spielen die Aktivitäten von Nationalstaaten und der von ihnen begründeten Organisationen eine wesentliche Rolle. *Machtpolitik* soll dementsprechend verstanden werden als staatlich vermittelte Ausdrucksform für die Existenz und Beibehaltung von struktureller und direkter Gewalt im internationalen System.³

Bezogen auf den Ost-West-Konflikt bedeutet dies, die Formel vom »Ende des Ost-West-Konfliktes« zumindest zu relativieren, weil sie geeignet ist, den Blick auf den ambivalenten Kerngehalt des Konfliktes zu verstellen. Dieser Konflikt beruhte *zum einen* auf dem Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, einem Gegensatz zwischen politischen und sozio-ökonomischen Gesellschaftsordnungen, der auf allen Ebenen der internationalen Beziehungen (Ideologie, Politik, Militär, Ökonomie) ausgetragen wurde. Teilweise haben sich einzelne Elemente verselbständigt - in dem Sinn, daß zwar der Systemgegensatz der Ausgangspunkt und die letzte Legitimation unterschiedlicher Maßnahmen und Entscheidungen war (wie zum Beispiel im Rüstungsbereich), diese Maßnahmen und Entscheidungen aber zumindest mit beeinflußt und zum Teil dominiert wurden von Interessen und Zielen, die nur sehr vage in einen funktionalen Zusammenhang mit dem Systemgegensatz gebracht werden können. *Zum anderen* war der Ost-West-Konflikt zugleich Ausdruck von Machtpolitik, d.h. des Versuches zur Durchsetzung von Zielen und Interessen mehrerer Nationalstaaten und Bündnisse auf Kosten der anderen Seite. Denn ohne das Interesse an einer Übertragung des eigenen Gesellschaftssystems auf die andere Seite hätte kein »Gegensatz«, sondern nur ein »Unterschied« zwischen den Systemen bestanden. Die zeitlich und thematisch begrenzte Kooperation zwischen den Bündnissen und ihren Führungsmächten bedeutete (trotz der deklaratorischen Anerkennung der Interessen der anderen Seite in verschiedenen Zusammenhängen) nicht, daß auf

2 Vgl. auch die Unterscheidung von struktureller und relationaler Macht bei Strange (1987).

3 Vgl. auch die Charakterisierung von Galtungs Konzept der strukturellen Gewalt im Vergleich zu bisherigen Machtkonzepten bei Albrecht / Hummel (1990: 98).

eine einseitige Interessendurchsetzung von einem der beiden Systeme verzichtet worden wäre. Die begrenzte Kooperation war unter anderem eine Folge der faktischen Unmöglichkeit angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel, die eigenen Interessen zu Lasten der anderen Seite aggressiv durchzusetzen. Anstelle direkter kriegerischer Auseinandersetzungen (als *die* zentrale klassische Auseinandersetzungsform in machtpolitischen Konflikten), auf die sich beide Seiten gleichwohl mit einem beispiellosen Auf- und Ausbau von Militär- und Rüstungsapparaten vorbereiteten, gewannen deshalb andere Mittel und Auseinandersetzungsformen, wie politische Beeinflussung, ideologische Hegemoniebestrebungen und ökonomisch-technologische Konkurrenz, an Bedeutung.

Das gilt es in Erinnerung zu behalten, wenn es darum geht, die jetzige Situation zu beurteilen und Perspektiven für die weitere Entwicklung des (staatlichen) Zusammenlebens in Europa zu formulieren. Maßstab dafür muß aus einer Position, der ein weiter Friedensbegriff zugrunde liegt, der Grad des Abbaus und der Verhinderung von Machtpolitik (mit welchen Mitteln und Instrumenten sie auch immer betrieben wird) sein. Nur weil es Machtpolitik »schon immer« gegeben hat und weiterhin gibt, kann dies gerade aus friedenspolitischer Perspektive kein Grund sein, sie nicht in die Betrachtung einzubeziehen. Im Gegenteil - Machtpolitik ist immer noch eine der wichtigsten Grundlagen für die friedenspolitisch nicht akzeptable und sicherheitspolitisch zunehmend dysfunktionale internationale »Ordnung«.

Die Ende der 70er Jahren abbrechende Theoriedebatte über Integration produzierte im Ergebnis lediglich »diagnostische Bestandsaufnahmen« oder »therapeutische Kursbestimmungen« (Bellers / Häckel 1990: 298). Es ist davon auszugehen, daß die objektive Komplexität und die real widersprüchliche Entwicklung der erfolgreichsten Integrationsgemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg von den relativ eindimensionalen Integrationsansätzen nicht adäquat zu erfassen ist.

Aus diesen Gründen soll hier ein Verständnis der EG-Integration Anwendung finden, das nicht nur den Schwerpunkt auf den Prozeßcharakter (anstelle der Institutionenorientierung) legt, sondern auch die in diesem und für diesen Prozeß wesentlichen Interessen und Rahmenbedingungen einbezieht und damit sowohl die generelle Entwicklungsrichtung zu beschreiben und zu erklären in der Lage ist, als auch die potentielle Veränderbarkeit des Prozesses selbst, seine Geschwindigkeit und seine konkreten Ausformung, nicht aus den Augen verliert.⁴ Demnach läßt sich die regionale Integration im Rahmen des EG-Systems zunächst »als relative Lösung des Widerspruchs zwischen der Internationalisierung der Kapitalverwertung ... und der Enge nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaats begreifen«. (Statz 1989: 16) Gleichzeitig ist aber vor allem die Entstehung sowie ein Teil der Weiterentwicklung der EG-Integration nicht ökonomischen Bewegungsgesetzen und technologischen Entwicklungen geschuldet, sondern vielmehr nicht ohne die Berücksichtigung historischer Bedin-

4 Insofern ist der hier vertretene Ansatz ein Teil des »Paradigmenwechsels hinter der Szene«. Vgl. Wessels (1986: 41f.)

gungen und politischer Interessen zu erklären (Wallace 1990).

Die EG ist als der bisher erfolgreichste Integrationsversuch im internationalen System der neueren Geschichte unter machtpolitischen Gesichtspunkten ein ambivalentes Gebilde. Einerseits erfüllte sie (und ihre Vorläufer) - wie auch die NATO - für die westeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg die Funktion, das Machtpotential der Bundesrepublik zu kontrollieren; die »grundlegende politische Funktion der westeuropäischen Integration« (Statz 1989: 14) war es, das sicherheitspolitische Interesse der westeuropäischen Nachbarstaaten durch die Einbindung des westdeutschen Teilstaates zu befriedigen. Andererseits bot die EG (in Verbindung mit der NATO) erst den Rahmen dafür, daß sich die Bundesrepublik als politische und wirtschaftliche Macht im internationalen System entfalten konnte *und* - wie auch die anderen EG-Mitglieder - wiederum die EG zur Interessenwahrung und -durchsetzung benutzen konnte. Denn solche Integrationsgemeinschaften »müssen durchaus als neue, komplexe Machtgruppierungen verstanden werden, die das Machtpotential der beteiligten Staaten teilweise absorbiert, neutralisiert, integriert haben zugunsten kollektiver Machtsteigerung« (Schwarz 1985a: 75).

2. Die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Europa seit November 1989

BRD und DDR

Nach der Öffnung der Mauer wurde der Prozeß zur staatlichen Vereinigung von der konservativ-liberalen Bundesregierung und insbesondere von Bundeskanzler Kohl in zweifacher Hinsicht massiv vorangetrieben. Die DDR-Regierung und -Bevölkerung wurde über das Versagen konkreter Hilfen für Reformen und das Versprechen einer besseren Zukunft nach Übernahme des westdeutschen Gesellschaftsmodells gezielt auf einen schnellen Beitritt gelenkt (Schoch 1990: 162). Gegenüber den Regierungen der Nachbarstaaten wurde der seit den Sommermonaten anhaltende Flüchtlingsstrom über Ungarn und die Botschaften in osteuropäischen Ländern als nicht zu beeinflussende Bewegung dargestellt, die zwangsläufig zu einer Vereinigung führen müßte.⁵ In den Ergebnissen der Volkskammerwahlen im März (wie auch bei den Landtags- und Bundestagswahlen im Oktober bzw. Dezember 1990) manifestierte sich dann eine eindeutige Mehrheit der

5 Widerspruchsfreie Zahlen über den tatsächlichen Umfang der nicht zu bezweifelnden Aussiedler-Bewegung wurden nicht veröffentlicht. Es wäre eine eigene Untersuchung über die Frage notwendig, wie intensiv die ungarische Regierung von der Bundesregierung dazu veranlaßt wurde, ihre Grenzen als erstes Land des »Ostblocks« zu öffnen und die massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern durch verschiedene andere Maßnahmen zu ermöglichen. Die FAZ meldete, »man hört, daß bei dieser Entwicklung auch Vorstellungen der Bundesrepublik und anderer Länder, die gegenwärtig Ungarn Hilfe leisten wollen, eine Rolle gespielt haben« (FAZ 7.8.1989, S. 1f.). Die Bundesregierung versuchte auch weitere Verabredungen über die massenhafte Ausweisung abzustreiten »- offenkundig im Gegensatz zu den Fakten« (FAZ 1.9.1989, S. 18), und hat später jede Information über diese Entwicklungen »eingestellt«, die zunehmend zu einem weltweiten Medienspektakel wurde (FAZ 7.9.1989, S. 1).

DDR-Bevölkerung für einen schnellen Beitritt. Gleichzeitig wurde mit diesen Wahlergebnissen endgültig deutlich, daß die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht willens oder bereit war, einen »dritten Weg« zu probieren, wie er von den anfänglichen Trägern des Umbruchs gewollt wurde.

Die Bedenken der europäischen Nachbarstaaten gegen eine erneute Vereinigung der beiden deutschen Staaten beruhten in erster Linie in ihren historischen Erfahrungen mit Deutschland als Aggressor, der zwei Weltkriege führte und der mit der perfektionierten Ermordung von Juden und politischen Gegnern in den Vernichtungslagern des Deutschen Reiches ein bis heute wirksames Exempel der Barbarei lieferte. Mit der tendenziellen Auflösung des Ost-West-Konflikts und der erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges auch nur wieder denkbaren Möglichkeit der »Wiedervereinigung« Deutschlands wurden die Ängste und Bedenken wieder virulent. Die »teilweise erheblichen Irritationen« (Hrbek 1990: 135) wurden darüberhinaus genährt von einer Politik v.a. von Bundeskanzler Kohl, der auf die in realen Erfahrungen begründeten Ängste und Bedenken wenig Rücksicht nahm.⁶

Das wurde u.a. deutlich bei Kohls sog. 10-Punkte-Plan, in dem er zum einen etliche kurzfristige, konkrete Maßnahmen zur Neugestaltung des deutsch-deutschen Verhältnisses vorschlug, zum anderen aber auch die Schaffung von »konföderativen Strukturen« u.a. mit gemeinsamen Regierungsausschüssen ins Gespräch brachte. Im Gegensatz zu dem vom DDR-Ministerpräsidenten gemachten Vorschlag zu einer »Vertragsgemeinschaft«, in dem die Zweistaatlichkeit eindeutig die Grundlage war und festgeschrieben werden sollte, stellte Kohl die staatliche Wiedervereinigung wenn auch nicht an einen Zeitplan gebunden, so doch konkret in Aussicht.⁷ Die Rede Kohls verfehlte in dieser Situation »ihre Wirkung auf die Bevölkerung in der DDR nicht«. Und genausowenig auf die europäischen Nachbarn, die »zu Recht darauf hinweisen (konnten), daß die wichtigsten Verbündeten vorher nicht konsultiert worden seien«. (Weilemann 1990: 22f.) In der Folge vertiefte sich die seit 1989 bestehende latente deutsch-französische Krise (Rovan 1990). Ein weiterer Hinweis auf die geringe Bereitschaft Bundeskanzler Kohls zur Beachtung der Interessen der europäischen Nachbarn war seine anhaltende Weigerung zu Beginn des Jahres 1990, die Oder-Neiße-Linie verbindlich als unverrückbare Westgrenze Polens anzuerkennen, bzw. seine Forderung, die polnische Regierung solle im Gegenzug auf Reparationen verzichten und die »Rechte der Deutschen« in Polen vertraglich zusichern (SZ und FAZ 3.3.1990). Der nach heftiger Kritik aus dem In- und Ausland (s.u.) schließlich vereinbarte Entwurf für eine Entschließung der beiden deutschen Parlamente, die diese dann im Sommer auch verabschiedeten, legte zwar

6 Außer den folgenden Beispielen wurde auch das unerwartete Angebot einer deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion als ein solch einseitiger Schritt wahrgenommen, weil die bundesdeutsche Seite die EG-Wirtschafts- und Währungsunion mit etlichen Bedingungen verzögerte - so die französische Interpretation; vgl. FAZ 9.2.1990.

7 Helmut Kohl, Freiheit schafft Stabilität, Rede im Bundestag, in: Das Parlament, Nr. 50, 8.12.1989, S. 4-6, hier S. 5.

den heftigen Streit zwischen der FDP und den Unionsparteien in der Bundesrepublik bei, entsprach aber bei weitem nicht den Forderungen und Vorschlägen, die der polnische Ministerpräsident Mazowiecki aufstellte (FAZ 23. und 24.2.1990) und die vom FDP-Präsidium übernommen worden waren.⁸ Die CDU/CSU lehnte u.a. wegen der möglichen Reparationszahlungen in Milliardenhöhe auch einen Friedensvertrag als formalen Beginn der Neuordnung der europäischen Verhältnisse ab.⁹ Daneben spiegelt sich in der Ablehnung eines Friedensvertrages das auch von der FDP geteilte Verlangen, in keiner Weise diskriminiert zu werden (was man als Kriegsbeginnler in solchen Verhandlungen automatisch gewesen wäre), stattdessen im Zuge der staatlichen Vereinigung endgültig die volle Souveränität Deutschlands wiederherzustellen und dieses Ziel möglichst rasch zu erreichen (FAZ 26.2.1990, S.5).

Es ist der Einschätzung zuzustimmen, daß die nach dem Alleingang Kohls Ende November und den darauf folgenden Gipfeltreffen Anfang Dezember angelaufenen engsten Konsultation im westlichen Lager sowie einige andere auf den Interessenausgleich mit den westlichen oder östlichen Nachbarn abzielende Initiativen hauptsächlich auf Initiative und Betreiben des Bundesaußenministeriums zustande gekommen sind. Die von den westlichen Verbündeten als Bedingung genannte weitere Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO war auch für die Bundesregierung selbstverständlich. Der als Kompromiß zwischen den gegensätzlichen Positionen der UdSSR und der NATO-Staaten in dieser Frage gedachte Vorschlag (keine NATO-Truppen auf ehemaligem DDR-Gebiet), der im Juli dann auch ein Teil der deutsch-sowjetischen Vereinbarung wurde, stammt von Bundesaußenminister Genscher und wurde bereits Anfang des Jahres gemacht.¹⁰ Der »Genscher-Plan« zur NATO-Zugehörigkeit wich aber nicht nur von der Bündnis-Linie ab, die in der Bundesrepublik u.a. von Verteidigungsminister Stoltenberg vertreten wurde¹¹, er war auch als Gegenvorschlag zu einem Vorstoß von DDR-Ministerpräsident Modrow gedacht. Der sprach sich für eine »Entmilitarisierung« und militärische Neutralität aus (SZ und taz 5.2.1990).

Die Verabredung über den Modus, wie die strittigen sicherheitspolitischen Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung weiter verhandelt werden

8 Vgl. Der Spiegel, Nr. 9 v. 26.2.1990, S. 20f., FAZ und SZ 28.2.1990. Von polnischer Seite wurde bis zum »2+4«-Treffen Mitte Juli in Paris vergeblich versucht, eine völkerrechtlich verbindliche Garantie (in Verbindung mit einem Vertrag über Deutschland) zu bekommen.

9 Vgl. FAZ 26.2.1990, S. 1f., 6. und 7.3.1990; vgl. zu entsprechenden sowjetischen und französischen Vorschlägen FAZ 15.2.1990. Gorbatschow hatte in seiner ersten ausführlichen Stellungnahme zur »deutsche Frage« diese Forderung prononciert erhoben: »Noch gibt es keinen Friedensvertrag mit Deutschland. Nur er kann auf völkerrechtlicher Basis endgültig den Status Deutschlands in der europäischen Struktur bestimmen.« Vgl. die Dokumentation des Prawda-Interviews in: taz 22.2.1990, S. 10.

10 Vgl. SZ 1.2.1990 und 7.2.1990. Nach Ansicht von Genscher wäre die Forderung, das DDR-Gebiet solle nach der Vereinigung normales NATO-Territorium sein, »das Ende des Strebens nach Einheit« gewesen; FR 29.1.1990.

11 Vgl. zum Streit zwischen beiden Ministern (wobei Stoltenberg angab, die Meinung der CDU zu formulieren - SZ 17. und 20.2.1990) taz 17.2.1990, taz und FAZ 19.2.1990, S.1, und dessen Schlichtung FAZ, SZ und taz 20.2.1990.

sollten, wurde möglich, nachdem die sowjetische Regierung unter Staatspräsident Gorbatschow bei einem Treffen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Modrow Anfang Februar nun tatsächlich - anders als bei einem Treffen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Moskau im Dezember 1989 - ihr Einverständnis zur staatlichen Vereinigung Deutschlands gegeben hatte (FR 1.2.1990, S.1f). Vor und während der »Open-Skies-Konferenz« in Ottawa Mitte Februar überzeugte Außenminister Genscher im Verbund mit US-Außenminister Baker seine Kollegen von den vier Siegermächten endgültig, daß die staatliche Vereinigung nur noch eine Frage der Zeit sein würde und deshalb die Verantwortung der Siegermächte für »Deutschlands als Ganzes« beendet werden mußte. Verhandlungen nur zwischen den beiden deutschen Staaten und »den Amerikanern, den Briten, den Franzosen und den Sowjets über die äußeren Aspekte der Schaffung der deutschen Einheit einschließlich Sicherheitsfragen der Nachbarstaaten verständigen« (Bulletin der Bundesregierung, Nr. 26, 16.2.1990, S. 203) wurden von der Bundesregierung unter anderem bevorzugt, weil damit andere Vorstellungen über die Beteiligung aller europäischer Staaten z.B. im Rahmen der KSZE zur Lösung der »deutschen Frage« verhindert werden konnten. Die KSZE sollte nurmehr auf einer Sonderkonferenz im November des Jahres - anstelle des erst für 1992 geplanten Gipfeltreffens - die Ergebnisse der Gespräche absegnen (Spiegel, Nr. 8, 19.2.1990, S.18). Auch die Beteiligung Polens an den Verhandlungen wurde von bundesdeutscher Seite abgelehnt (FAZ 15.2.1990).

In den fortan »2+4-Gespräche« genannten Zusammenkünften der Außenminister der sechs beteiligten Staaten vertrat die bundesdeutsche Seite keine neuen oder anderen Positionen mehr als die bis dahin in der NATO festgelegten und ebenfalls weiterhin gegenüber der UdSSR beharrlich vertretenen. Denn die »2+4-Gespräche« waren »in Wahrheit deutsch-russische Verhandlungen, mit Amerikanern und Westeuropa auf der deutschen Seite«. (Stürmer 1990: 24)

Die Bundesregierung betonte auch im Verlauf der »2+4-Gespräche« mehrfach, daß dort nur die Modalitäten für die Ablösung der alliierten Rechte besprochen, nicht aber konkret und rechtlich verbindlich festgelegt werden sollten. Mit dem Argument, Deutschland dürfe nicht singularisiert werden und müsse mit dem Tag der Vereinigung die volle Souveränität wiedererlangen, wehrte sie sich gegen jede »Sonderregelung« v.a. in der Frage der gesamtdeutschen Truppenstärke. Auch bei den Modalitäten zur verbindlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze, die beim dritten »2+4-Treffen« in Paris Mitte Juli im Mittelpunkt standen, setzte sich die BRD mit ihrer Position durch.

Neben den »2+4-Gesprächen« gab es bilaterale Kontakte zwischen der BRD und der UdSSR, bei denen über finanzielle und wirtschaftliche Hilfen verhandelt wurde. Von deutscher Seite wurde eindeutig eine Verbindung gezogen zwischen ihrer Bereitschaft, eine Bürgschaft für einen Kredit in Höhe von fünf Milliarden D-Mark an die UdSSR zu übernehmen, und einem Einlenken der sowjetischen Seite bei den »2+4-Gesprächen« (Spiegel, Nr. 27, 2.7.1990, S. 18).

Die Vereinbarungen zwischen der bundesdeutschen und der sowjetischen Regie-

rung, die bei einem Treffen in Moskau Mitte Juli getroffen wurden, bedeuteten den Durchbruch bei der Regelung der »äußeren Aspekte« der deutschen Vereinbarung.¹² Die Zugeständnisse auf sicherheitspolitischem Gebiet, die von den Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher gemacht wurden, können als das Minimum dessen gelten, was für die Führung der UdSSR als »zur Gesichtswahrung« gegenüber den konservativen Kräften in der Sowjetunion noch akzeptabel gelten konnte. Demgegenüber gestand die sowjetische Seite mehr zu, als man erwartet hatte. Dazu zählte u.a. die volle NATO-Mitgliedschaft und die uneingeschränkte Souveränität.

Das einzige einseitige Zugeständnis der Bundesregierung in dieser Vereinbarung war die Reduzierung der Bundeswehr. Dieses Zugeständnis der bundesdeutschen Seite erscheint bei genauerem Hinsehen jedoch als nicht so weitreichend, wie es von der Bundesregierung in der Folgezeit meist dargestellt wurde. Denn eine Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr war bereits Ende 1989 v.a. durch die geringere Zahl von Wehrpflichtigen (geburtenschwachen Jahrgänge) und begrenzte Finanzspielräume unvermeidlich geworden. Selbst der beschlossene reduzierte Umfang von 420.000 Soldaten wäre nur mit der lange umstrittenen Verlängerung der Wehrdienstzeit und personalpolitischen Mehrausgaben zu erreichen gewesen, deren Finanzierung noch nicht gesichert war. Heeresinspekteur Henning von Ondarza hielt schon Mitte 1989 eine Halbierung des 340.000-Mann-Heeres für möglich: »Lieber kleiner, aber feiner und professioneller.«¹³

Die Gegenleistungen der BRD finden sich denn auch eher auf wirtschaftlichem Gebiet. Neben dem zuvor schon ermöglichten Fünf-Milliarden-Kredit sagte die Bundesregierung technische Hilfe zur sowjetischen Wirtschaftsreform, eine Steigerung der Gas- und Ölimporte eine großzügige Regelung der Stationierungskosten für die sowjetischen Streitkräfte in der DDR sowie Beihilfen zu ihrem Abzug und nicht zuletzt einen Vertrag über umfassende Zusammenarbeit zu (FAZ 18.7.1990; Der Spiegel, Nr. 30, 1990, S. 16ff).

In der Politikgestaltung der BRD war die weitgehende Ablehnung bzw. Mißachtung der außen- und sicherheitspolitischen Positionen nicht nur der reformierten SED-Regierung unter Ministerpräsident Modrow, sondern auch der demokratisch gewählten DDR-Regierung und Ministerpräsident de Maizière zu beobachten, die beide nicht nur eigene Akzente zu setzen versuchten und diese auch noch von den Positionen der BRD oft abwichen. Dazu zählten u.a. die Vorstellungen über einen Erhalt der NVA.¹⁴

12 Bei den letzten Beamtenrunden in der ersten Juliwoche gab es insgesamt 20 Dissenspunkte; vgl. Albrecht (1990: 89ff.).

13 Der Spiegel, Nr. 32 v. 7.8.1989, S. 25f. Die NVA hatte zum Zeitpunkt der deutsch-sowjetischen Vereinbarung nur noch einen Umfang von weniger als 100 000 Mann - anstelle der in vielen Vergleichen auch später noch genannten 170.000.

14 Vgl. zur sehr nachhaltigen Ablehnung z.B. taz 13. + 14.6.1990, FAZ 15.6.1990 + 18.6.1990 (Verteidigungsminister Stoltenberg) und SZ 27.7.1990 (Kanzlerberater Teltschik).

USA und Westeuropa

Die Politik der westlichen Staaten in bezug auf die Veränderungen in Deutschland und Osteuropa war zunächst reaktiv und von zwei Tendenzen gekennzeichnet. Zum einen wurde gegenüber der immer noch 'realsozialistischen' UdSSR trotz einiger deklaratorischer Zugeständnisse die alte Politik der Zurückdrängung des Kommunismus weiter betrieben. Die Rede ist hier vom »totalen Sieg im ... Kalten Krieg«. (Howard 1989: 10) Die von der Bonner Regierung und der Mehrheit der DDR-Bevölkerung forcierte Neuauflage der »deutschen Frage« ließ zum zweiten alte Befürchtungen insbesondere bei den westeuropäischen Nachbarn vor einem übermächtigen Deutschland wieder aufleben. Die Auflösung der Nachkriegsordnung Europas führte zu wieder verstärkten Forderungen, die westeuropäische Integration insgesamt zu vertiefen und außerdem eine gemeinsame Sicherheitspolitik aufzubauen, wobei es das Interesse v.a. der westeuropäischen Staaten ist, die BRD damit erneut zuverlässig einzubinden.

Bei den ersten Gipfeltreffen der westlichen Staaten nach der Maueröffnung und dem 10-Punkte-Plan Bundeskanzler Kohls versuchten die Verbündeten der BRD noch, durch die Formulierung von Bedingungen die Vereinigung zu verhindern oder zumindest zu verzögern (Der Spiegel, Nr. 47, 20.11.1989, S. 164-167). US-Präsident Bush formulierte vier Bedingungen für den Fall, daß die BRD auf ihrer bundesstaatlichen Lösung der »deutschen Frage« beharre: Die BRD bleibt Mitglied der NATO, der Prozeß der deutsch-deutschen Annäherung muß friedlich verlaufen, die Lage in Europa darf nicht destabilisiert werden und die Bundesregierung muß davon ausgehen, daß der Zeitpunkt für eine Vereinigung noch nicht gekommen ist (taz 5.12.1989, S. 1). Die NATO-Außenminister wiederholten auf ihrer Herbsttagung in Brüssel die nur etwas versöhnlicheren Formulierungen des Straßburger EG-Gipfels.¹⁵

Die Westmächte waren aber letztlich »nicht weiter willens oder fähig..., dem durch den politischen und wirtschaftlichen Bankrott des SED-Regimes verursachten und von der Bundesregierung geschickt geförderten Vereinigungsdruck« etwas entgegenzusetzen, noch konnten sie von der in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig wiederholten Unterstützung für eine deutsche »Wiedervereinigung« abrücken. (Rittberger 1990b: 114)¹⁶

Schon früh war angesichts des zunehmenden Legitimationsverlustes für die Militärböcke der Ruf nach einer Reform auch des westlichen Bündnisses zu hören, was anfangs mit der etwas nebulösen Formel von »neuen politischen Aufgaben« oder dem Wandel von einem militärischen zu einem »politischen Bündnis« beantwortet wurde. Von liberaler Seite wurde dafür als Begründung angeführt, die westliche Allianz sei (neben der EG) der wichtigste Garant für »Stabilität« in Europa - nicht nur im Hinblick auf die UdSSR als weiterhin existierender Militär-

15 Vgl. Der Spiegel, Nr. 51, 1989, 18.12.1989, S. 17; taz + FAZ 5.12.1989; SZ 11.12.1989

16 Und, so muß hinzugefügt werden, sie wurden von führenden bundesdeutschen Politikern nachdrücklich an ihre Verpflichtungen und die Geschäftsgrundlage des deutschen NATO-Beitritts erinnert, z.B. von Alfred Dregger; vgl. FR 3.1.1990, S. 4.

macht, sondern auch als die zuverlässigste Bindung der USA an den alten Kontinent. Darüberhinaus kann der Wunsch nach Stabilität aus der Sicht der westlichen Verbündeten dahingehend übersetzt werden, die Deutschen per Integration weiterhin zu kontrollieren.¹⁷ Von militärischer und konservativer Seite wurde von Beginn an betont, daß erstens die UdSSR schließlich eine militärische Großmacht bleibe (selbst wenn sie sich reformiert), der Verlauf der inneren Reformen einige Unwägbarkeiten mit sich brächte, die neugewonnen Souveränität der kleineren WVO-Mitglieder zu neuen Konflikten führen werde und außerdem ganz neue Bedrohungen (im persischen Golf und anderen Teilen der Welt) entstanden sind, so daß die NATO als Militärbündnis weiterhin notwendig, ja »unverzichtbar« sei (z.B. Hansen 1989: 20, Stoltenberg 1990). Aus diesen Gründen setzte sich recht schnell die Ansicht durch, man brauche eigentlich keine große Reform, sondern vor allem die Weiterexistenz der NATO. Die US-Regierung setzte auch deshalb besonders nachdrücklich auf die NATO, um ihren Einfluß in Westeuropa zu behalten. Daher lehnte sie auch eine weitergehende KSZE-Institutionalisierung ab.

Die auf Drängen der Bundesregierung - insbesondere vor dem 28. Parteitag der KPdSU, auf dem über das weitere Schicksal des Reformkurses in der UdSSR entschieden wurde - bekundete Bereitschaft der NATO, »Charakter« und Strategie gründlich zu reformieren, brachte bisher aber vor allem rhetorische Ergebnisse: Auflösung der NATO oder ihr Wandel zu einem rein politischen Bündnis sowie die Aufgabe der Abschreckungsdoktrin und des atomaren Ersteinsatzes stehen nicht ernsthaft zur Debatte. In der Substanz bringen auch die Beschlüsse des Londoner Gipfel-Treffens Mitte Juli letzten Jahres so gut wie nichts Neues. Bereits im Mai hatten die NATO-Verteidigungsminister bei ihrer Frühjahrstagung die folgenden Eckpunkte einer »neuen« Strategie festgelegt, die in den wesentlichen Punkten auch vom Gipfel bestätigt wurden: weitere militärische Präsenz der USA in Europa mit konventionellen und atomaren Waffen (auf dem neuesten Stand), volle Mitgliedschaft Deutschlands, Beibehaltung der Abschreckungsdoktrin einschließlich der Option des atomaren Ersteinsatzes, Aufbau hochmobiler und multinationaler Verbände (SZ 23.5.1990 und 25.5.1990). Einzig die integrierte Vorneverteidigung an der (ehemaligen) deutsch-deutschen Grenze sollte überprüft werden, weil die Front ja nicht mehr dort verlaufen wird, und ist inzwischen aufgehoben worden.

Die westlichen Staaten weigerten sich auch - anders als die BRD, die dementsprechende Wünsche der Sowjetunion auf den westlichen Gipfeltreffen einbrachte -, der Sowjetunion offenbar dringend benötigte Kredite zu geben. Die zuvor zu erfüllenden Forderungen umfassen nicht nur die Einführung der Marktwirtschaft. Die USA wollten außerdem eine verbindliche Zusicherung über

17 Vgl. z.B. Karl Feldmayer, Die neue NATO, in: FAZ 19.11.1990, S. 1. Der Ruf nach dem Austritt Deutschlands aus der NATO oder deren Auflösung überschätze »das Vertrauen, das den Deutschen entgegengebracht wird«; Michael Stürmer, Unsichtbare Aufgaben, Wozu die NATO auch in der Zukunft gebraucht wird, FAZ 16.5.1990, S. 2.

die Einstellung der sowjetischen Hilfe an Kuba und andere noch existierende 'realsozialistische' Staaten in der Dritten Welt sowie ein Ende der Sanktionen gegen Litauen (Tagesspiegel 27.6.1990, FAZ 21.6.1990). Japan möchte vor einer finanziellen Hilfe die Kurilen-Inseln zurück bekommen (FAZ 10.7.1990, 11.7.1990, 12.7.1990). Formal wurde auf den Gipfeltreffen im vergangenen Jahr begrenzte Hilfsbereitschaft für den Wandel zur Marktwirtschaft signalisiert und die weitere Behandlung bis zur Fertigstellung einer Studie über die wirtschaftliche Situation der Sowjetunion vertagt (FAZ 11. u. 12.7.1990; Der Spiegel, Nr. 27, 1990, S. 19). Die Ende Dezember gemeinsam von Weltbank, IWF, OECD und der EG-Kommission vorgelegte Studie der wichtigsten internationalen kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzorganisationen stellt im Kern die »Aufforderung zur Schocktherapie« dar, weil gedrängt wird »auf rasche marktwirtschaftliche Reformen, die gleichzeitig die finanzielle Stabilität und die grundlegende Strukturreform in Angriff nehmen«. ¹⁸

Ähnlich wie die US-Regierung versuchte die französische Führung zunächst, die Vereinigung zu verhindern oder zumindest - u.a. über die Formulierung von vielerlei Bedingungen - auf die lange Bank zu schieben. Staatspräsident Mitterand hatte schon vor der Maueröffnung mehrmals klar gemacht, daß er von einer Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nichts wissen wolle (FAZ 20.10.1989). Ein Teil der diplomatischen und politischen Aktivitäten war die anhaltende Unterstützung der polnischen Forderung nach einer verbindlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Die schärfste Kritik eines westlichen Verbündeten über die Kohl'schen Forderungen in bezug auf diesen Punkt stammte beispielsweise vom französischen Außenminister Dumas und Staatspräsident Mitterand. ¹⁹

Die französische Regierung war gleichzeitig diejenige in Westeuropa, die am nachhaltigsten auf eine beschleunigte und weitergehende politische Integration der EG als »neue« Sicherheitsstruktur in Europa drängte. Ein Vorschlag für eine gesamteuropäische Struktur von Mitterand, über eine weitgehende Institutionalisierung des KSZE-Prozesses hin zu einer Europäischen Konföderation zu kommen, wird aber u.a. mangels Präzisierung als nicht ernst zu nehmende Perspektive beurteilt. ²⁰

Die britische Regierung war - wie auch die französische - von den europäischen Entwicklungen besonders betroffen, weil die deutsche Vereinigung ihren Status als Siegermacht beendet hat. Darüber hinaus sah sie ihre besondere Beziehung zu den USA als gefährdet an, weil die Vereinigten Staaten sich um besondere Be-

18 FAZ 22.12.1990, S. 11f. Ohne rasche finanzielle Stabilität, eine realistische Wechselkurspolitik, Preisregeln und Handelsliberalisierung, Privateigentum und Rechtssicherheit erübrigt sich demnach auch noch so umfangreiche Kapitalhilfe. In der Tendenz ähnliche Beschlüsse faßte der letzte Weltwirtschaftsgipfel in London, an dem Gorbatschow zeitweise teilnahm; vgl. Wirtschaftswoche, Nr. 30, 19.7.1991, S. 18ff.

19 SZ 2.3.1990, FAZ 2.3.1990, 5.3.1990, 12.3.1990. Nach Angaben von Mitterand waren diese »Verstimmungen« Ende April aber ausgeräumt; vgl. FR 27.4.1990, S. 4; FAZ 25.4.1990, S. 2.

20 Vgl. FR 4.1.1990, S. 3, und 5.1.1990, S. 2; FAZ 8.1.1990, S. 1; Bauer (1990a).

ziehungen mit der mächtigeren BRD bemühen. Im Unterschied zu Frankreich sah Großbritannien auch in der westeuropäischen Integration keine alternative politische Strategie - weder zur Einbindung Deutschlands noch als wirksames Mittel zur Abschreckung der UdSSR, weil dies mit einem weiteren Souveränitätsverzicht verbunden wäre (Der Spiegel, Nr. 8, 19.2.1990, S. 160f). Die Regierungschefin Thatcher teilt die Bedenken vor einer erneuten, dominanten Position Deutschlands infolge der Vereinigung und benutzte mit als erste die Formel vom »4. Reich«, um diese Bedenken zu umschreiben (FR 30.11.1990). Für diesen Zeitpunkt kann als zutreffend angenommen werden - ebenso wie für die internationale Turbulenzen verursachende Konferenz über Deutschland und den wegen seiner abfälligen Äußerungen dann zurückgetretenen Minister Ridley -, daß Frau Thatcher nur deutlicher ausdrückte, was auch in den Regierungen anderer Nachbarstaaten gedacht und teilweise diplomatischer auch formuliert wurde. Die übrigen westeuropäischen Verbündeten spielten bei der Neustrukturierung der Sicherheitspolitik in Europa nach der Vereinbarung über die »2+4-Gespräche« als Modus zur Bearbeitung der »deutschen Frage« nur eine untergeordnete Rolle. Mehrere Regierungen und Parlamente meldeten deshalb nach der Vereinbarung Mitte Februar Protest, Bedenken und den Willen nach stärkerer Beteiligung und Mitsprache an - so z.B. die belgische, italienische, dänische und niederländische Regierung.²¹ Die öffentliche Äußerung von Bedenken gegen die »Wiedervereinigung« und den gewählten Verhandlungsmodus ließen erst nach, nachdem Bundeskanzler Kohl »Überzeugungsarbeit« geleistet und den christlich-demokratischen Regierungschefs Italiens, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande gleichsam die Vertrauensfrage gestellt habe, ob sie ihm und den Deutschen 40 Jahre Arbeit für Europa durch Mißtrauen lohnen wollten (FAZ 19.2.1990).

UdSSR und Osteuropa

Die Politik der UdSSR gegenüber den zielstrebig umgesetzten Vereinigungsplänen der beiden deutschen Staaten und den von der westlichen Seite definierten außenpolitischen Vorgaben dabei ist - wie auch schon in anderen Bereichen, z.B. bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen - eine Geschichte des Rückzugs und des schrittweisen Aufgebens ihrer Positionen. Den gesellschaftlichen Umbruch in den meisten Staaten ihres bisherigen Einflußbereiches hatte die östliche Vormacht durch die Aufgabe ihrer hegemonialen Ansprüche im Rahmen einer auf Entspannung und Abrüstung orientierten, grundlegend neuformulierten Außenpolitik ermöglicht. Diese Neuorientierung schloß auch das Bemühen um die Herausbildung neuer gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen, die an die Stelle der vorhandenen Militärbündnisse treten sollen, ein.

Die Ablehnung eines zum damaligen Zeitpunkt noch »Wiedervereinigung« ge-

21 FAZ 16.2.1990 und 19.2.1990; taz 22.2.1990; FAZ 23.2.1990 und 24.2.1990; FR 27.2.1990; FAZ 6.3.1990; taz 8.3.1990.

nannten Phänomens setzte sogleich nach Kohls Zehn-Punkte-Plan ein. Außenminister Schewardnadse meinte, es gebe kein Land in Europa, das ein wiedervereinigtes Deutschland nicht als Bedrohung für die Stabilität Europas betrachte (Tagesspiegel 16.12.1989; FR 30.11.1989).

Auf dem ersten »2+4-Treffen« Anfang Mai in Bonn erklärte sich Außenminister Schewardnadse mit einem raschen Vollzug der staatlichen Einheit Deutschlands einverstanden. Die inneren und äußeren Aspekte dieser Frage sollten entkoppelt werden. Für die Klärung der äußeren Aspekte beanspruchte er ein Übergangszeit, während der die Rechte der vier Alliierten fortbestehen sollten (FAZ 7.5.1990). Auf der zweiten Konferenz Ende Juni in Ost-Berlin präzisierte Schewardnadse den Vorschlag in einem »Entwurf für einen Deutschland-Vertrag«. Während einer Übergangszeit von fünf Jahren nach der Vereinigung sollten alle jetzigen Bündnisverpflichtungen beider deutscher Staaten bestehen bleiben (Die Zeit, Nr. 27, 29.6.1990, S. 6; SZ 23./24.6.1990, S. 1). Damit knüpfte er an den in den vorhergehenden Monaten von sowjetischer Seite wiederholt vorgebrachten Vorschlag einer »Doppelmitgliedschaft« Deutschlands in beiden Militärbündnissen an.²²

Bei dem Einschwenken der sowjetischen Führung auf die sicherheitspolitische Position des Westens Mitte Juli haben mehrere Faktoren eine Rolle gespielt. Dazu zählen v.a. die Abhängigkeit der sowjetischen Reformer von westlicher Hilfe bei der Behebung der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und dem Umbau der Ökonomie, aber auch die deklaratorischen Zugeständnisse des Londoner NATO-Gipfels. Außerdem hatten die 'konservativen' Kritiker der Reformkräfte auf dem 28. Parteitag nur wenig Rückhalt gefunden,²³ und die sich verschärfende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise in der UdSSR macht weitere Reformschritte noch dringlicher. Für den Umbau der sowjetischen Gesellschaft sahen sich die Reformer aber nach wie vor auf westliche Hilfe angewiesen, zu der sich die Bundesregierung am ehesten bereit fand - allerdings unter der Bedingung eines Einlenkens in der »deutschen Frage«.

Innerhalb der WVO war die UdSSR (mit der alten DDR-Regierung) in ihrer Ablehnung einer NATO-Integration Deutschlands isoliert (FR 13.3.1990). Die im Vergleich mit der UdSSR größere Flexibilität und Toleranz gegenüber den deutschen Staaten bei den Reformregierungen der ost- und südosteuropäischen Staaten ist zum einen auf ihre Abhängigkeit von den westlichen Staaten begründet, zum anderen aber auch Ergebnis der (im Vergleich mit den USA) konstanten und weniger konfrontativen Ostpolitik der Bundesregierung, durch die »Befürchtungen vor deutschen Hegemonialambitionen ... nicht verschwanden«, aber doch »relativiert worden sind«. (Heinrich 1990: 931) Die »schlimmste Variante«

22 SZ 12.4.1990; FAZ 5.6.1990; SZ 13.6.1990, 2./3./4.6.1990, 23./24.6.1990; taz 23.6.1990; vgl. zum allmählichen Abrücken der UdSSR von ihren Positionen auch Albrecht (1990: 55ff.).

23 Erst dadurch habe sich die sowjetische Führung entschlossen, in der »deutschen Frage« reinen Tisch zu machen, hätten die »sowjetischen Gastgeber den Bonner Besuchern« im Juli »bestätigt«. Bertram (1990b).

war in den Augen der Regierungen Ungarns, der CSFR und Polens ein neutrales, in keinem Bündnis eingebundenes Deutschland (FR 19.3.1990). Spitzenpolitiker dieser Länder hatten sogar selbst Interesse an einer engen Anbindung an die NATO (FAZ + FR 22.2.1990, FAZ 15.2.1991, S. 5).

KSZE

Die Errichtung einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur im Sinne eines mit souveränitätsbeschränkenden Rechten versehenen kollektiven Sicherheitssystems erschien den kleineren ost- und südosteuropäischen einerseits zwar erstrebenswert als alternative Einbindungsmöglichkeit für das bundesdeutsche Militärpotential. Diese Variante hatte aber durch die verbreitete Ablehnung in den westlichen Staaten keine Perspektive.²⁴ Andererseits hätte ein kollektives Sicherheitssystem bedeutet, wiederum mit der UdSSR in einem Bündnis integriert zu sein, was nach den Erfahrungen mit der jahrzehntelangen sowjetischen Hegemonie in der WVO wiederum in den kleineren Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar schien. Diese Abneigung zeigte sich auch in der Ablehnung des DDR-Vorschlags einer Polen, die CSFR und DDR umfassenden Sicherheitszone als ersten Schritt zu einem kollektiven Sicherheitssystem (Albrecht 1990: 70ff). Die »Trilaterale Initiative« der CSFR, DDR und Polens zur Institutionalisierung des KSZE-Prozesses enthielt denn auch keine weitergehenden Schritte als die, die bereits Anfang des Jahres von Außenminister Genscher formuliert worden waren und die auch vom Londoner NATO-Gipfel Anfang Juli weitgehend geteilt wurden. Der Vorschlag der drei WVO-Staaten wurde von den westlichen Staaten noch einmal dahingehend abgeschwächt, daß es neben einem betont »kleinen Sekretariat« nicht zwei Zentren (eines zur Konfliktverhütung und -beilegung, eines zur Verifikation und Rüstungskontrolle), sondern nur eines »zur Konfliktverhütung« geben soll.²⁵ Auf dem KSZE-Gipfel Ende November letzten Jahres in Paris, bei dem von allen Beteiligten der Beginn einer neuen Friedensära gefeiert und von den Mitgliedstaaten der beiden Militärbündnisse das erste konventionelle Arüstungsabkommen unterzeichnet wurde, wurde neben den oben erwähnten Konsultationsmechanismen auch die Gründung des kleinen Zentrums beschlossen, das vorrangig mit rüstungskontrolltechnischen Funktionen betraut wurde (Der Spiegel, Nr. 47, 19.11.1990, S. 133-134).

In den beschlossenen Formen des sicherheitspolitischen Austauschs und der beabsichtigten Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten spiegelt sich die reale »Entfeindung« der sich bisher gegenüberstehenden Blöcke und Staaten aufgrund der Abschaffung der 'realsozialistischen' Gesellschaftssysteme wieder. Sie bein-

24 Ein kollektives Sicherheitssystem wurde aber nicht nur von Politikern und NATO-Militärs, sondern auch von Wissenschaftlern abgelehnt; vgl. z.B. Ernst-Otto Czempel, FAZ 21.8.1990, und Gärtner (1991).

25 Vgl. Proposal of the CSFR, the GDR and the Rep. of Poland Regarding the Institutionalization of the CSCE Process, 6.6.1990; die »Londoner Erklärung« des NATO-Gipfeltreffens ist u.a. abgedruckt in: NATO-Brief, Nr. 4, 1990, S. 33-35.

haltet aber keine weitergehenden Elemente hin zu einem kollektiven Sicherheitssystem - im Gegenteil: Festgeschrieben wird das »Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitische Disposition frei zu treffen«.26 Hinzuweisen ist auch auf die Unverbindlichkeit der getroffenen Vereinbarungen und das weitgehende Fehlen von Instrumenten zur Lösung von ökonomischen, nationalistischen und ethnischen Konflikten (Bruns 1990). Angesichts dieser Ergebnisse ist der Einschätzung zuzustimmen, daß das Pariser Treffen »als Abschluß einer alten, nicht als Anfang einer neuen Epoche in die Geschichte eingehen« wird, auch wenn »die Rhetorik vom 'neuen europäischen Sicherheitssystem' wiedergekaut« wurde.27 Die bei dem ersten Außenministertreffen Ende Juni in Berlin beschlossenen Krisenmechanismen, die wegen des damit erstmals in der KSZE durchbrochenen Konsensprinzips als wichtiger erster Schritt zu weitergehenden Regelungen bewertet wurden, zeigten sich bei der unmittelbar folgenden Umsetzung während des Krieges der jugoslawischen Zentralregierung gegen Slowenien und Kroatien als noch wenig wirksam.28

3. EG-INTEGRATION und WEU

Die in den Augen vieler europäischer Nachbarstaaten positive Funktion der »Blockkonfrontation«, die Entmachtung Deutschlands qua Teilung festzuschreiben, entfällt mit der Auflösung der Blockkonfrontation vollends. Sie war ohnehin schon durch die Entwicklung der BRD zu einem der führenden Industriestaaten der kapitalistischen Welt, die erst durch die Integration in die westlichen Bündnisse möglich geworden war, für den westlichen deutschen Staat nachhaltig relativiert worden. Die westeuropäischen Staaten (und hier vor allem Frankreich) sahen eine weitere und vielleicht zuverlässigere Möglichkeit zur Einbindung der Bundesrepublik in der intensivierten Integration im Rahmen der EG. Auch von bundesdeutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß »das Prinzip Eingliederungsbereitschaft nur glaubwürdig im Rahmen der EG umzusetzen ist« und »nun die Bewährungsprobe« für das daran orientierte »Staatsverständnis der Bundesrepublik« kommt (Nötzold / Rummel 1990: 216). Darüberhinaus wird der EG von westlicher und östlicher Seite eine wichtige Rolle als ökonomische Stabilitätszone zugeschrieben, von dem sich die reformierten ost- und südosteuropäischen Staaten viele positive Impulse erwarten.

Für die Währungsunion existiert ein sogenannter Drei-Stufen-Plan zu ihrer Realisierung, wobei aber die ersten beiden Stufen nur unverbindliche Schritte hin zu mehr Abstimmung und Koordination in der Währungspolitik vorsehen. Die erste Etappe begann zeitgleich mit der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Wäh-

26 »Die Charta von Paris für ein neues Europa« und andere Dokumente des Pariser Gipfeltreffens sind u.a. abgedruckt in: BMVg.

27 Bertram (1990c). Vgl. zu weitergehenden Vorstellungen z.B. Senghaas (1990b: 11-56, und IFSH (1990).

28 Vgl. die Zusammenfassung der Schlußfolgerungen des Treffens in Bulletin der Bundesregierung, Nr. 72, 22.6.1991, S. 581-584; Die Zeit, Nr. 27, 28.6.1991, S. 11; FAZ 5.7.1991, S. 3.

rungsunion am 1.7.1990. Die Differenzen zwischen den Regierungen über die Verwirklichung und v.a. die Ausgestaltung der wichtigen dritten Stufe wurden auch beim EG-Gipfel im Oktober 1990 in Rom nicht ausgeräumt. Ein bescheidenes Signal seiner weiteren Integrationsbereitschaft setzte der Bundeskanzler (trotz der bekannten heftigen Proteste der Bundesbank) mit seiner Zusage, sich einem Beginn der zweiten Stufe der Währungsunion am 1.1.1994 nicht zu widersetzen - wobei noch immer umstritten ist, was der konkrete Gehalt dieser Stufe sein soll (FAZ 30.10.1990, S. 19). Die Einrichtung einer Europäischen Zentralbank und die Einführung einer gemeinsamen Währung wurde entgegen anderslautenden Meldungen *nicht* beschlossen; vereinbart wurde lediglich, daß mit ihrem Aufbau begonnen werden und den Staats- und Regierungschefs bis zum 31.12.1996 ein Bericht vorgelegt werden soll, aufgrund dessen dann die Verwirklichung der dritten Stufe diskutiert werden wird.²⁹

Auch für eine in der Teilnehmerzahl reduzierte Währungsunion, wie sie in der Idee eines Europa der zwei Geschwindigkeiten anvisiert wird, gelten aber, wie Finanzminister Waigel verdeutlichte, die bundesdeutschen Forderungen, d.h. der Rat der Notenbankgouverneure dürfe keine Kompetenzen in der Geldpolitik haben.³⁰

Die deutsch-französische Initiative zur Errichtung der Politischen Union im Frühjahr 1990 zielte auf die Einberufung einer Regierungskonferenz (parallel zu der über die Währungsunion im Dezember), die über weitere Schritte beraten sollte. Darin wurden nicht nur weitgehende Vorschläge für die Effektivierung des Entscheidungsprozesses im Rat und eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik gemacht, sondern auch ein sehr ehrgeiziges Verwirklichungsdatum (1.1.1993 - zeitgleich mit dem europäischen Binnenmarkt) gesetzt.³¹ Im Verlauf der Regierungsverhandlungen seit Dezember 1990 wurden die Vorschläge für eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik abgeschwächt. Stärker hervorgehoben und wesentlich konkreter gefaßt wurden dagegen andere Aspekte wobei die Effektivierung der Entscheidungsmechanismen im Europäischen Rat über die Einführung der Mehrheitsabstimmung als neues Normalverfahren politisch am brisantesten ist (FR 19.6.1990, S. 2).

Diese Effektivierung des Entscheidungsprozesses im maßgeblichen EG-Gremium (dem Rat), würde das bislang wichtigste demokratische Prinzip - die Konsensentscheidung - weiter entkräften. Dieser Entscheidungs- und Beschlußfassungsprozeß war »auf deutsches Betreiben hin« (Ungerer 1990: 226) im Rahmen der mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) vorgenommenen Reformen bereits 1985 entscheidend verändert worden. Selbst wenn sich diese Regelungsveränderung nur auf Fragen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Bin-

29 Vgl., auch zur Kritik von Kommissionspräsident Delors, Financial Times 17.12.1990, S. 1f., 18.12.1990, S. 1+20.

30 Vgl. FAZ 13.5.1991, S. 15; die Schlußfolgerungen finden sich in Bulletin der Bundesregierung, Nr. 78, 9.7.1991.

31 Vgl. den Wortlaut der deutsch-französischen »Botschaft« in Europa-Archiv, 45. Jg., 11. Folge, 10.6.1990, S. D-283.

nenmarktes bezogen, über dessen Einrichtung zuvor ein Konsens erreicht worden war, hatte die Einführung des Mehrheitsprinzips doch eine Signalwirkung: »Drei Monate lange Verhandlungen über die EEA haben das Tabu 'Mehrheitsabstimmung' zerstört.« (Ehlermann 1990: 136) Weil die Bundesrepublik bereits die dominierende Macht in Westeuropa ist und diese Position mittelfristig durch den Beitritt der DDR noch ausgeweitet werden wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Bundesregierung für die Entscheidungsträger in den anderen Staaten der EG zunehmend einer derjenigen »externen Akteure« sein wird, dessen »potentielle Entscheidungsprozesse« mitberücksichtigt werden bzw. sie ihnen durch Anpassung an dessen Ziele und Werte zuvorzukommen versuchen, »und zwar auch dann, wenn dadurch der interne Ausgleich erschwert wird. Um außenpolitische Konflikte zu vermeiden, werden innenpolitische Auseinandersetzungen in Kauf genommen.« (Haftendorf 1989: 34)

Prognosen über die zukünftigen Formen, in denen sich die schon seit einigen Jahren zu beobachtende »West-Europäisierung« der Sicherheitspolitik (Brock/Jopp 1986, Weidenfeld u.a. 1989) entwickeln wird, sind heute noch nicht eindeutig zu identifizieren. Es herrscht der Eindruck vor, daß sich an den vielschichtigen und zum Teil widersprüchlichen Interessenlagen der beteiligten Regierungen - auch Frankreichs und der Bundesrepublik, die als die beiden wichtigsten für weitere Integrationsschritte angesehen werden - wenig geändert hat. Die Abhängigkeiten und Verflechtungen einerseits, der Fundus an gemeinsamen Interessen in den westlichen Bündnissen andererseits sind aber so groß, daß eine von einigen Beobachtern nicht ausgeschlossene *Desintegration* nicht wahrscheinlich ist. Auch wenn es nicht zu einer weiteren Renationalisierung kommt, scheint es inzwischen sehr fraglich, ob es angesichts der fortdauernden Wirksamkeit der nationalen Unabhängigkeit als wichtigstem Teil der französischen Staatsräson, der weiterhin festen Orientierung Englands und der Bundesrepublik auf enge verteidigungs- und sicherheitspolitische Kooperation mit den USA und nicht zuletzt der sehr massiven Kritik der westlichen Führungsmacht an einer zu weitgehenden westeuropäischen Eigenständigkeit in der »Verteidigungs«politik es zu einer stärkeren institutionellen Integration kommen wird.³²

Gleichzeitig sind aber auch die sehr stark auf sicherheitspolitische Eigenständigkeit bedachten Regierungen der westlichen Nationalstaaten mit Entwicklungen konfrontiert, die eine souveräne Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer stärker unterlaufen. Dazu zählt unter anderem die kaum gebremste überdurchschnittliche Verteuerung von Rüstungsgütern und der daraus entstehende »Zwang« zu rüstungsindustriellen Verflechtungs-, Kooperations- und Konzentrationsstrategien³³, die wiederum durch die Entwicklung der Konkurrenzverhältnisse auch auf dem »zivilen« Weltmarkt bestärkt und ergänzt werden. Der Krieg am Golf zu Beginn dieses Jahres, der von der Staatenkoalition hauptsächlich

32 Vgl. auch Staden (1990: 34). Die nicht veröffentlichte Demarche der US-Regierung an die Westeuropäer ist in kleinen Teilen wiedergegeben in FAZ 9.4.1991, S. 5.

33 Vgl. zur politischen Seite Bauer (1990b).

durch die extreme technologische Überlegenheit der USA in dieser Form geführt und gewonnen werden konnte, hat den westeuropäischen Staaten nicht nur ihre für solche Fälle nach wie bestehende materielle Abhängigkeit von den USA, sondern ja auch die Uneinigkeit untereinander wieder vor Augen geführt. Angesichts dieser Entwicklungen, der massiven Kritik der USA an einer zu weitgehenden Eigenständigkeit der Westeuropäer und der auch zwischen den WEU- und noch deutlicher zwischen den EG-Staaten weiterbestehenden Interessenunterschiede und -gegensätze ist die verstärkte, aber flexible und pragmatische Nutzung der WEU und anderer organisatorischer Rahmen zur engeren sicherheitspolitischen *Kooperation* in unterschiedlichen Gebieten zu erwarten, nicht aber eine souveränitätsbeschränkende *Integration*, wie sie der Ruf nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EG vermuten läßt.

Gemessen an den Vorschlägen westeuropäischer Wissenschaftler müssen die bisherigen Ergebnisse der Regierungskonferenzen skeptisch stimmen. Sie hatten neben dem anfangs erwähnten Erfordernis der Einbindung der BRD - auf der Basis einer sachlichen Analyse der bestehenden Demokratiedefizite als »Hauptziel der institutionellen Weiterentwicklung der EG« benannt, »die Entscheidungsprozesse zu parlamentarisieren, zu demokratisieren sowie wirksam zu gestalten« und dafür detaillierte Vorschläge gemacht.³⁴ Ihre Kritik angesichts der Entwicklung der Regierungskonferenzen fiel dementsprechend eindeutig aus: die Debatte der Staats- und Regierungschefs sei »nicht auf der Höhe der Notwendigkeiten«.³⁵ Statt einer stärkeren strukturellen Einbindung (im Sinne von Souveränitätsverzicht) der Bundesrepublik in die EG ist durch die mangelnde Kompetenzzuweisung an das EP und wegen der Bestrebungen zur Einschränkung des Konsensprinzips im Rat sogar ein umgekehrter Prozeß der Entdemokratisierung zu beobachten.

Im Vergleich mit den vielfältigen Bestrebungen, zu einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation Westeuropas zu gelangen, nehmen sich die auf eine gesamteuropäische Zusammenarbeit gerichteten Aktivitäten der EG-Staaten bisher eher bescheiden aus. Den sich reformierenden Staaten Ost- und Südosteuropas, die sich stark in Richtung der EG orientieren, werden zwar verschiedene Zusagen gemacht; um den gesellschaftlichen Wandel zu einem Erfolg werden zu lassen bedürfte es »jedoch einer viel größeren und tragfähigeren Verbindlichkeit Westeuropas« - der zitierte Autor führt die deutsch-deutsche Vereinigung als positives Beispiel an -, als sie bislang zu beobachten ist. (Ash 1990) Die EG-Kommission hatte schon im Sommer 1990 die weitreichenden Hoffnungen der ost- und südosteuropäischen Staaten mit einer Vorlage an den Rat gedämpft, wonach den Reformländern sogenannte »europäische Abkommen« angeboten werden sollten, die »Abkommen« und bewußt nicht Assoziierungsverträge heißen, damit sie nicht zwangsläufig als Vorstufe für eine spätere Mitgliedschaft gelten

34 Vgl. die zusammenfassende Veröffentlichung im Hinblick auf den Dubliner EG-Gipfel in: FAZ 21.6.1990, S. 9-10. Vgl. auch bereits Weidenfeld / Janning (1990).

35 FAZ 29.6.1991, S. 4; zur Kritik des EP vgl. z.B. FAZ 18.4.1991, S. 7.

(FAZ 3.8.1990, S. 13). Die wenigen Fortschritte zur »europäischen Einigung« auch auf ökonomischem Gebiet führten bei dem KSZE-Gipfeltreffen in Paris Ende November zu eindringlichen Warnungen vor der Verfestigung der Wohlstandsmauer in Europa von seiten der Regierungschefs der kleineren WVO-Staaten (taz 22.11.1990, S. 1f). Die Verhandlungen mit Polen, Ungarn und der CSFR laufen noch und sollen nach dem Wunsch der EG-Chefs bis Oktober abgeschlossen sein. Mit der UdSSR soll die Kommission »Sondierungsverhandlungen über ein umfassendes Abkommen« einleiten; mit Rumänien und Bulgarien sind die Voraussetzungen für Verhandlungen noch nicht gegeben (Bulletin der Bundesregierung, Nr. 78, 9.7.1991).

4. Machtpotential und Machtpolitik der BRD?

Bei der Bewertung des machtpolitischen Potentials der BRD herrscht weitgehend Einigkeit: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine der führenden Industrienationen der Welt; in Europa ist sie darüberhinaus schon seit Jahren die dominierende ökonomische Macht³⁶, eine regionale Großmacht, auch wenn sie sich noch immer als Mittelmacht »tarnt«. Schwarz (1985b: 60) Dieses Potential wird durch den Anschluß der DDR, die Erschließung der osteuropäischen Märkte und die höhere Gewichtung ökonomisch-technologischer gegenüber militärischen Machtkomponenten noch zunehmen.

Genauso wenig wird bezweifelt, daß Staaten wie die Bundesrepublik »durch ihr bloßes Gewicht« auf andere Staaten einwirken. (Schwarz 1985b: 54) Allein z.B. die Tatsache, daß die Bundesrepublik die stärkste Volkswirtschaft in der EG ist, hat Auswirkungen auf die anderen Staaten: »Konjunktur-, Zins- und Währungsentwicklung in der Bundesrepublik haben ... sehr wohl asymmetrische Auswirkungen auf die übrigen EG-Länder, die diese zu nicht-reziproken Anpassungsreaktionen veranlassen können.« (Rittberger 1990c: 16) Der Autor meint zwar, die BRD sei nicht in der Lage, ihre Wirtschaftskraft zur »Herbeiführung gewünschter Entscheidungen in anderen Politikfeldern machtpolitisch umzumünzen«, und sie übe deshalb auch keine politische Hegemonie in der EG aus. Er nennt aber auch die wichtigsten Bedingungen dafür: die starke integrative Verflechtung und die Entscheidungsmechanismen in der EG sowie der mindere sicherheitspolitische Status gegenüber Frankreich und Großbritannien. Haftendorn verweist darüber hinaus auf die große Bedeutung der Sicherheitsabhängigkeit von den USA als sehr nachhaltige Beschränkung des außenpolitischen Handlungsspielraums der BRD. (Vgl. Haftendorn 1989: 47) Infolge der tendenziellen Auflösung des Ost-West-Konflikts als antagonistischem Systemgegensatz haben sich aber sowohl die für den bisher einmaligen Erfolg der EG als Integrationsgemeinschaft im internationalen System, als auch die Funktion der USA für die Sicherheitspo-

36 Als entscheidender Parameter dafür gilt neben dem Handelsvolumen die seit Beginn der 70er Jahre erreichte Position als zweitwichtigste Reservewährung der Welt hinter dem US-Dollar. Vgl. auch die Methodenkritik zur Messung ökonomischer Stärke bei Hübner (1990: 69f.).

litik der europäischen Staaten - kurz: die maßgeblichen Rahmenbedingungen radikal verändert:

- Der Wegfall der UdSSR als Ordnungsmacht in Europa aufgrund der Aufgabe von konfrontativen Politikmustern gegenüber den westlichen Staaten und den Verbündeten in der WVO;
- der seit den 70er Jahren zu beobachtende relative Hegemonieverlust der USA auf ökonomischem Gebiet wird ergänzt durch einen Einflußverlust auf militärischem und politischem Gebiet aufgrund des Bedeutungsverlustes der NATO für die Sicherheit der westeuropäischen Staaten innerhalb Europas (nur noch sehr geringe Abhängigkeit von US-Atomschirm);
- die staatliche Vereinigung und die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder hergestellte volle Souveränität Deutschlands, d.h. der Wegfall einer »objektiven Schranke für die Wiederaufnahme machtstaatlicher Politik« (Rittberger 1990b: 112), und das durch den DDR-Beitritt noch erhöhte ökonomische Gewicht der BRD vergrößert den politischen Handlungsspielraum der BRD;
- gleichzeitig sind die Ansätze, das bundesdeutsche Machtpotential politisch und strukturell einzubinden, auf gesamteuropäischer Ebene gescheitert, im westeuropäischen Rahmen und im atlantischen Bündnis nicht sehr weitgehend.³⁷

Es ist als ein Ergebnis der tendenziellen Auflösung des Ost-West-Konflikts und der deutschen Vereinigung festzuhalten, daß nicht nur das absolute, sondern auch das relative Machtpotential der Bundesrepublik gewachsen (Mead 1990) und damit die theoretische Möglichkeit für die Verwirklichung machtpolitischer Verhaltensmuster gegeben ist.

Strittig sind demgegenüber die Einschätzungen und Erwartungen, ob und wie »die Bundesrepublik« ihren gewachsenen Handlungsspielraum ausnutzen wird. Angesichts der Besorgnisse bei allen europäischen Nachbarn über die neu entstehende Großmacht in Europa sahen sich führende bundesdeutsche Politiker veranlaßt, jegliche machtpolitischen Ambitionen weit von sich zu weisen. Eine der von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in vielen Reden am häufigsten verwendeten Formeln war die von der Überlebtheit des Nationalstaats, der Einbettung der deutschen in die europäische Einigung und des notwendigen Übergangs von der Macht- zur Verantwortungspolitik. Gleichzeitig sind sich die führenden Politiker aber natürlich der Position der Bundesrepublik bewußt. Bundeskanzler Kohl stellt fest, daß »wir nicht nur nach der Zahl, sondern nach allen anderen Daten das stärkste Land in Europa sein werden«. Sein außenpolitischer Berater Teltschik ergänzt, es sei »in der Vergangenheit in der EG nichts gegen uns gelaufen. Künftig geht es erst recht nur mit, nicht gegen uns.« (Der Spiegel, Nr. 40, 1.10.1990, S. 18)

37 Selbst die bisher als besonders wichtig angesehene Begrenzung militärischer Macht im Rahmen der NATO - das Nicht-Vorhandensein eines nationalen Oberbefehls über die bundesdeutschen Streitkräfte - wird nun als letztes Symbol uneingeschränkter Souveränität in Frage gestellt. So forderte der neue Oberbefehlshaber des Bundeswehr-Territorialkommandos Süd, Generalmajor Wilhelm Jacoby, wieder eine »operative Führung«, die an die NATO abgegeben sei (FAZ 28.11.1990, S. 4).

Vertreter einer verhältnismäßig optimistischen Einschätzung der bundesdeutschen Machtambitionen berufen sich als Beurteilungskriterium auf die nunmehr 40jährige demokratische Verfassung der BRD, ihr Selbstverständnis als integrationsorientierter Handelsstaat und die durch eine erfolgreiche Wohlfahrtspolitik erreichte gesellschaftliche Stabilität.³⁸ Setzt man das - wie es oft getan wird - in Vergleich zum diktatorischen Hitler-Regime oder - bezogen auf die deutschen Vereinigungspolitik - mit der »Blut-und-Eisen-Politik« Bismarcks, ist diese gesellschaftliche Verfaßtheit sicher als ein Fortschritt, wenn auch nicht als Garantie für eine nichtkriegerische Außen- und Sicherheitspolitik anzusehen. Denn trotz gegenteiliger Vermutungen ist der Beleg für die potentiell größere politische Konfliktlösungsfähigkeit und -willigkeit parlamentarischer Demokratien im Vergleich mit anderen Herrschaftssystemen noch nicht erbracht. Das statistisch erhärtete Argument, daß parlamentarische Demokratien kaum Kriege gegeneinander führen, kann allein nicht als Beleg gelten, weil die Frage, ob und welche anderen Faktoren für diese Erscheinung (mit-) verantwortlich sein könnten, nicht gestellt wird. Hier wäre zum Beispiel in Betracht zu ziehen, daß die Konflikte zwischen den seit dem Zweiten Weltkrieg existierenden demokratisch verfaßten Staaten nicht so gravierend waren, daß der große gemeinsame Interessensfundus unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts nicht ernsthaft in Frage gestellt worden ist. Für den westdeutschen Teilstaats war es darüberhinaus die entscheidende Existenzvoraussetzung, auf die Anwendung von Gewalt als Mittel der Außenpolitik zu verzichten. Heute ist die Bundesregierung in der Lage, ihre neugewonnene Souveränität und damit »Normalität« auch militärisch wieder deutlich werden zu lassen: die Bundeswehr soll so verändert werden, daß erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg Einsätze von deutschen Kampftruppen außerhalb Deutschlands und des NATO-Gebietes wieder möglich werden. Diese grundlegende politische Neuorientierung, die auch von Bundesaußenminister Genscher und der FDP mitgetragen wird³⁹, ist keineswegs nur auf entsprechende »Anforderungen« der Verbündeten nach einer direkten militärischen Beteiligung zurückzuführen, sondern entspricht auch den Interessen großer Teile des politischen Establishments in der Bundesrepublik.⁴⁰

Zieht man die praktische Politikgestaltung während der internationalen Verhandlungen zur deutschen Einheit als Beurteilungsmaßstab heran, ist in bezug auf das wichtigste Ziel der Bundesregierung - die möglichst rasche Verwirklichung der deutschen Einheit bei voller Souveränität eine einseitige Interessendurchsetzung sowohl gegenüber Polen⁴¹ und der UdSSR, wie auch gegenüber

38 So z.B. Rittberger (1990b), bes. S. 117f., sowie diese Tendenzen kritisierend Schwarz (1985a).

39 Vgl. das Interview mit Genscher in *Der Spiegel*, Nr. 6, 4.2.1991, S. 22-25.

40 Vgl. zur längeren Vorgeschichte der Diskussion ausführlich Thomas/Nikutta (1991). Obwohl auch von Bundeskanzler Kohl noch eine Grundgesetzänderung für Kampfeinsätze notwendig gefunden wird, schafft die Bundesregierung auf einer darunter angesiedelten Ebene bereits Fakten, die vor zwei Jahren noch undenkbar waren (Minensucher im Golf, Hubschrauber zur Versorgung kurdischer Flüchtlinge im Iran); vgl. u.a. *Der Spiegel*, Nr. 23, 3.6.1991, S. 20-23.

41 »Die Polen hatten eine vollständige Niederlage hinnehmen müssen.« Besonders beeindruckte

den westeuropäischen Verbündeten festzustellen. Dies fand seinen Ausdruck vor allem in der Prioritätenumkehr der Bundesregierung in bezug auf den deutschen und europäischen Einigungsprozeß: Mit der deutschen Einheit wollte sie »ihren Beitrag zur europäischen Friedensordnung leisten« - während bis zu Anfang dieses Jahres »umgekehrt erst die Herstellung eines europäischen Friedenszustandes auch dem deutschen Volk seine Einheit wiederzuerlangen gestatten sollte«. (Schoch 1990: 163) Zugeständnisse an die Nachbarstaaten erfolgten entweder, um Hindernisse zur Erreichung des wichtigsten Ziels (der deutschen Einheit) zu beseitigen, oder erst, nachdem die staatliche Vereinigung vollzogen worden war und meist in anderen als sicherheitspolitischen Bereichen.⁴² Auch weil eines der am nachhaltigsten verfolgten Ziele die Erlangung der vollen staatlichen Souveränität war, deren Einschränkung jedoch mit der weiteren EG-Integration gerade erreicht werden soll, scheinen optimistische Prognosen über die kurz bevorstehende Intensivierung der westeuropäischen Integration zumindest sehr gewagt. Damit ist aber auch die einzige z.Z. in Aussicht stehende *strukturelle* Einbindung des Machtpotentials der BRD in Frage gestellt.

Auch das Argument der durch eine erfolgreiche Wohlfahrtspolitik und das demokratische System erreichten gesellschaftlichen Stabilität kann nicht ohne weiteres für die erweiterte BRD Geltung beanspruchen. Abgesehen davon, daß die mehr als 16 Millionen DDR-BürgerInnen keine demokratische Sozialisation genossen haben, wird die Entwicklung einer Wohlstandsbürgeridentität von einer tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Krise, deren Dimensionen die ökonomischen Parameter des Krisenhöhepunktes 1932 zum Teil übersteigen, zumindest stark hinausgezögert. Durch die Nichterfüllung des Hauptmotivs einer großen Mehrheit, die für einen schnellen Beitritt zur BRD gestimmt hat, und durch die extrem hohen Kosten der »Sanierung« der ehemaligen DDR wird die gesellschaftliche Stabilität zumindest einige Male stark erschüttert werden. Die ökonomische und soziale Krise könnte aber für die Demokratie der Bundesrepublik noch weit schwerwiegendere Konsequenzen haben, weil der anfänglich »kühl berechnete und moderierte 'Eliten-Nationalismus', der als sinnstiftende Kulisse für den überstürzten Prozeß der wirtschaftlichen Integration dramaturgisch eingesetzt wurde«, sich als ein Integrationsmittel erweisen könnte, »das, wenn es wirksam bleiben soll, leicht in eine Eskalationslogik geraten und nach immer höheren Dosierungen verlangen kann«. (Offe 1990)

die letzten DDR-Außenpolitiker »die bloße Arroganz der Macht, mit der die Polen ins Ausgeschickt wurden. Mit keinem ihrer Anliegen waren sie durchgedrungen.« Albrecht (1990: 123ff.)

42 Insbesondere die ökonomischen und finanziellen Hilfs- und Kooperationsversprechen an die UdSSR und Polen können als Beispiele dafür gelten, wie sich ökonomische in politische Macht verwandeln läßt.

5. Schlussfolgerungen

Die Situation in Europa wird sich in eine vergleichsweise »sicherere«, aber friedenspolitisch nicht befriedigende Richtung entwickeln, weil das tendenzielle Ende des Ost-West-Konflikts als antagonistischer Systemkonflikt auf der Auflösung der einen Konfliktpartei beruht, was vorerst kaum oder gar nicht mit einem Verzicht auf die Androhung oder Anwendung Gewalt oder einer einseitigen bzw. bündnisorientierten Interessendefinition und -durchsetzung bei der anderen Konfliktpartei einhergeht. Gleichzeitig ist mit der um die DDR erweiterten BRD eine neue souveräne Großmacht entstanden, die aufgrund ihres mittelfristig noch vergrößerten ökonomisch-technologischen Potentials eine dominierende Rolle einzunehmen in der Lage sein wird. Die sich neu herausbildende europäische »Architektur« läßt sich deshalb mit dem Begriff der *hegemonialen Integration* unter der Führung Deutschlands beschreiben, die zusammengefaßt die folgende Elemente beinhaltet.⁴³

* »Große« Kriege zwischen den europäischen Staaten nach bisherigem Muster werden immer unwahrscheinlicher; »kleine« Kriege insbesondere zwischen und Bürgerkriege in ost- und südosteuropäischen Staaten sowie eventuell gemeinschaftliche Interventionen zu deren Beendigung sind keineswegs ausgeschlossen; militärisch ausgetragene Konflikte mit außereuropäischen Staaten erlangen in den sicherheitspolitischen Planungen und deren Realisierung (Rüstungspolitik, Militärstrukturen) ein wesentlich größeres Gewicht als bisher.

* Die ökonomische Entwicklung verläuft auch innerhalb Europas weiterhin »ungleichzeitig«, insgesamt jedoch langfristig auf einem für alle steigenden Niveau; dies vermindert zwar einerseits die Wahrscheinlichkeit militärischer Konfliktaustragung innerhalb Europas; andererseits funktioniert die Steigerung der Lebensqualität aber nur über die Aufrechterhaltung ungerechter Weltwirtschaftsstrukturen und aufgrund der Ausbeutung und Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen, was wiederum zu neuen, potentiell militärischen Konflikten mit außereuropäischen Staaten führt.

* Die politischen Formen der Zusammenarbeit und Koordination werden zwar intensiviert und durch die lockere Anbindung einiger Staaten Osteuropas an die EG sowie im Rahmen der KSZE eventuell durch neue Mechanismen ergänzt, die nationalstaatliche Souveränität wird jedoch ohne einen - bisher in keinem der Mitgliedsstaaten erkennbaren - Druck von unten nicht durch weitergehende Integrationschritte eingeschränkt. Auch wegen der im Rahmen der EG bestehenden und weiterentwickelten Möglichkeiten zur Interessendurchsetzung der großen Staaten ist im Ergebnis mit einem relativen Hegemoniegewinn Deutschlands zu rechnen. Beide Entwicklungen haben sicherheitspolitisch einen geringen Grad der Einbindung und Kontrolle Deutschlands zur Folge.

43 Hegemonie wird hier - im Gegensatz zu Imperialismus-Konzepten - als die »fortschrittlichere« Herrschaftskonzeption verstanden, bei der die dominante Nation in ihrem strategischen Verhalten ihre Interessen unter partieller Berücksichtigung der Interessen der anderen Akteure durchsetzt. Vgl. dazu u.a. Hübner (1990), besonders S. 79.

Ob, wieweit und mit welchen Mitteln von Seiten der Bundesrepublik im europäischen Rahmen Machtpolitik betrieben wird, müssen detaillierte Untersuchungen in verschiedenen Politikfeldern zeigen. Als sicher kann gelten, daß eine mögliche Machtpolitik von seiten der BRD gegenüber den europäischen Nachbarn nicht in Form militärischer Aggression stattfinden wird. Dafür sind weder das Interesse, noch die Notwendigkeit noch die materiellen oder gesellschaftlichen Grundlagen vorhanden. Insofern sind Befürchtungen, wie sie sich in bezug auf das neue Deutschland im Schlagwort des heraufziehenden »4. Reiches« kristallisierten, zu alarmistisch. Angesichts der tatsächlich historisch zu nennenden Veränderungen in Europa sind aber einfache Fortschreibungen der bisherigen Erkenntnisse zur bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik nicht adäquat.⁴⁴

Aus friedenspolitischer Sicht wäre aber selbst die feste strukturelle Einbindung der BRD in die EG oder auch die Auflösung aller (west-)europäischen Nationalstaaten in einem Bundesstaat nur das kleinere Übel, wenn damit nicht eine grundlegende Neuorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik einherginge: Denn Friedenspolitik kann unter den Bedingungen globaler Verflechtungen nicht mehr und zukünftig immer weniger nur in und für Europa gemacht werden. Vertreter einer »verantwortlichen Machtpolitik« betrachten nun Zusammenschlüsse wie die EG als notwendiges, weil den internationalen Verflechtungen entsprechendes gemeinschaftliches Instrument, das »das Machtpotential der beteiligten Staaten teilweise absorbiert, neutralisiert, integriert (hat) zugunsten kollektiver Machtsteigerung«. (Schwarz 1985a: 75) Es gibt aber - insbesondere nach dem letzten Golf-Krieg - wenig Hinweise darauf, daß eine Mehrheit der politischen Eliten und der Bevölkerungen in den hochindustrialisierten Staaten gewillt ist, eine qualitativ neue, d.h. auf die einseitige (notfalls mit Gewalt erfolgende) Interessendurchsetzung verzichtende Außenpolitik v.a. gegenüber den Staaten in der Dritten Welt zu betreiben. Im Gegenteil: Das Scheitern des real existierenden Sozialismus in Osteuropa wird im Westen mehrheitlich als Bestätigung des eigenen Gesellschaftssystems interpretiert. Ausgeblendet wird dagegen, daß das kapitalistische-industrielle Gesellschaftssystem im Grunde auch gescheitert ist, weil es auf der Ausbeutung der Dritten Welt und der Natur beruht, und damit »notfalls« gewaltsam auszutragende Konflikte (mit-) verursacht und sogar die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören droht. Eine Politik, die keine grundlegende andere Richtung einschlägt, ist weder eine rationale Sicherheits-, geschweige denn Friedenspolitik zu nennen.

44 Vgl. z.B. Rittberger (1990c) und Wolf (1991), die dies - wenn auch vorsichtig und bezogen auf die grundsätzlichen Orientierungen - tun. Die Ansätze, die die ökonomisch dominante Stellung der Bundesrepublik im westlichen Teil Europas nicht nur für unbedenklich, sondern eine ebensolche Position für Gesamteuropa für notwendig und sogar wünschenswert halten, weil die für Wachstum und Stabilität einer Region notwendigen Funktionen nur durch eine überragende Wirtschaftsmacht erfüllt werden können, sind für eine realitätsgerechte Analyse weitgehend ungeeignet; denn die Theorien zur hegemonialen Stabilität sind eindimensional ökonomistisch und blenden andere Dimensionen der internationalen Beziehungen und die negativen Begleiterscheinungen per definitionem aus oder erklären sie im Hinblick auf das höhere Ziel »Stabilität« für unvermeidbar. Vgl. z.B. Rode (1991), zur ausführlicheren Kritik daran Statz (1991).

Literatur

- Albrecht, U. (1986): *Internationale Politik*, München/Wien
- Albrecht, U. (1990): *Die Wiedervereinigung*. Die Regelung der äußeren Aspekte, unveröff. Manuskript, o.O. (Berlin)
- Albrecht, U.; Hummel, H. (1990): *Macht*, in Rittberger (1990a), S. 90-109
- Ash, T.G. (1990): Das Jahr, in dem die Freiheit kam, in: *Die Zeit*, Nr. 50, 7.12.1990, S. 12f.
- Bauer, H. (1990a): Frankreich trauert dem alten Europa nach, in: *taz* 10.7.1990
- Bauer H. (1990b): *Rüstungskooperation in Westeuropa* - Europäische Gemeinschaft und Independent European Programme Group, Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Nr. 42, Berlin
- Bellers, J.; Häckel, E.; (1990): *Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen*, in: Rittberger (1990), S. 286-310
- Bertram, C. (1990b): Ein Weltrekord der Diplomaten, in: *Die Zeit*, Nr. 37, 7.9.1990, S. 4
- Bertram, C. (1990c): Hausordnung ohne Haus, Das Europa vom Atlantik bis zum Ural läßt auf sich warten, in: *Die Zeit*, Nr. 47, 16.11.1990, S. 6
- Brock, L.; Jopp, M. (Hg.), (1986): *Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa*, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 25, Baden-Baden
- Bruns, W. (1990): *Auf dem Weg zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung?* Nach dem KSZE-Gipfel in Paris, Bonn, Nov. 1990 (Studie Nr. 43 der Abt. Außenpolitikforschung im Forschungsinstitut der F.-Ebert-Stiftung)
- Calleo, D. (1990): Einheit ja, Frankensteinmonster nein, in: *Die Zeit*, Nr. 2, 5.1.1990, S. 3
- Ehlermann, C.-D. (1990): Die institutionelle Entwicklung der EG unter der Einheitlichen Europäischen Akte, in: *Aussenpolitik*, Nr. II, S. 136-146
- Haftendorf, H. (1989): Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum, Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: *politische vierteljahres schrift*, H. 1, S. 32-49
- Hansen, N. (1989): Die NATO als politische Allianz: Der vielfältige Primat der Politik, in: *NATO-Brief*, Nr. 6, S. 15-20
- Heinrich, A., (1989): Kein schöner Land in dieser Zeit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 8, S. 925-936
- Hill, C. (1991): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik? Probleme der Politischen Union, in: *integration*, Nr. 3, S. 115-124
- Holtzendorff, F. (1990): Die Bundeswehr auf dem Marsch in die Zukunft, in: *Europäische Wehrkunde*, Nr. 12, S. 697-700
- Howard, M. (1989): Militärische Grammatik und politische Logik: Kann die NATO überleben, wenn der Kalte Krieg gewonnen ist?, in: *NATO-Brief*, Nr. 6, S. 9-14
- Hrbek, R. (1990): *Die Vereinigung Deutschlands und die Integration in die Europäische Gemeinschaft*, in: Wehling (Red.) (1990), S. 131-146
- Hübner, K. (1990): »Wer Macht hat, kann sich alles erlauben!«, Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie - Dominanz - Macht - Kooperation in der globalen Ökonomie, in: *Prokla* 81, S.66-90
- IFSH, (1990): *Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa*, Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft, Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen »Zwei plus Vier«, Hamburg, (Hamburger Informationen zur Sicherheitspolitik, Ausgabe 9/1990)
- Karl, W. (1990): *Vom Ost-West-Konflikt zur hegemonialen Integration?* Friedenspolitische Perspektiven der Entwicklungen in Europa, Berlin (Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Nr. 41)
- Mead, W.R. (1990): The Once and Future Reich, in: *World Policy Journal*, 12:4, S. 593-638

- Nötzold, J.; Rummel, R. (1990): Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Ordnung, in: *Aussenpolitik*, Nr. III/90, S. 212-224
- Offe, C. (1990): Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle, in: *Die Zeit*, Nr. 51, 14.12.1990, S. 42.
- ÖIFF (Österreichisches Institut für Friedensforschung und Friedenszerziehung), SFS (Schweizerische Friedensstiftung) (Hg.), (1991): *Die Welt im Umbruch*, Friedensbericht 1991, Wien
- Rittberger, V. (1990a) (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, PVS, Sonderheft 21,
- Rittberger, V. (1990b): *Wie friedensverträglich ist ein geeintes Deutschland?* Der internationale Status und die sicherheitspolitischen Einbindung als Teil der deutschen Frage, in: Wehling (1990)
- Rittberger, V. (1990c): Die Bundesrepublik Deutschland - eine Weltmacht? Außenpolitik nach vierzig Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 4-5, S. 3-19
- Rode, R. (1991): Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Eurohegemon?, in: *Leviathan*, Nr. 2, S. 229-246
- Rohe, K. (1984): Macht, in: *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 5, München/Zürich, S. 305-307
- Rovan, J. (1990): Rückzug auf den Nationalstaat?, in: *FAZ* 8.2.1990, S. 8
- Schoch, B. (1990) Schwierige Einbettung. Von der deutschen Frage zum Problem Deutschland?, in: T. Blanke, R. Erd (Hg.), *DDR - Ein Staat vergeht*, Frankfurt a.M. S. 149-167
- Schwarz, H.-P. (1985a), *Die gezähmten Deutschen*. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergesenheit, Stuttgart (2. Aufl.)
- Schwarz, H.-P. (1985b), Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem, in: K. Kaiser, H.-P. Schwarz (Hg.), *Weltpolitik, Strukturen - Akteure - Perspektiven*, Bonn, S. 50-74
- Senghaas, D. (1984): Sicherheitspolitik am Scheideweg in, L. Brock, B. Meyer (Hg.), *Die Zukunft der Sicherheit in Europa*, Jahrbuch der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 11, Baden-Baden, S. 22-53
- Senghaas, D. (1990), *Europa 2000*. Ein Friedensplan, Frankfurt a.M. 1990
- Staden, B. v. (1990): Das ganze Europa muß es sein ..., in: *Aussenpolitik*, Nr. I/90, S. 24-37
- Statz, A. (1989): Entwicklungen der westeuropäischen Integration 1945-1989, in: F. Deppe u.a. (Hg.), 1992 - Projekt Europa, Köln, S. 13-38
- Statz, A. (1991): Zwischen neuer Machtpolitik und Selbstbeschränkung. Deutsche Außenpolitik am Scheideweg, in: *Friedensanalysen »Nachkriegszeit«*, Frankfurt a. M. (i.E.)
- Stoltenberg, G. (1990): Sicherheit für das Haus der Freiheit, in: *Europäische Wehrkunde*, Nr. 6
- Strange, S. (1987): The persistent myth of lost hegemony, in: *International Organisation*, 41: 4, S. 551-574
- Stürmer, M. (1990): *»Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?«*, Deutschland im europäischen System der neunziger Jahre, Vortrag auf dem Hessischen Sparkassentag 1990 (Schriftenreihe des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes, Heft 9), Frankfurt a.M.
- Thomas, C.; Nikutta, R. (1991), Bundeswehr und Grundgesetz. Zur neuen Rolle der militärischen Intervention in der Außenpolitik. *Militärpolitik Dokumentation*, Heft 78/79, Frankfurt a. M.
- Ungerer, W. (1990): Die Entwicklung der EG und ihr Verhältnis zu Mittel- und Osteuropa, in: *Aussenpolitik*, Nr. III/90, S. 225-235
- Wallace W. (ed.) (1990): *The Dynamics of European Integration*, London, S. 1-27
- Wehling H.-G. (Red.) (1990): *(Wieder-) Vereinigungsprozeß in Deutschland*, Stuttgart
- Weidenfeld, W.; Janning, J. (1990): Die Zukunft des Kontinents, Perspektiven einer neuen Friedensordnung für Europa, *FAZ* 28.2.1990, S. 8.
- Weidenfeld, W; u.a. (1989): *Die Architektur europäischer Sicherheit: Probleme, Kriterien, Perspektiven* (Reihe Strategien und Optionen für die Zukunft Europas, Arbeitspapiere 2), Gütersloh
- Weilemann, P. R. (1990): Der deutsche Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung - Die zehn Punkte von Bundeskanzler Helmut Kohl, in: *Aussenpolitik*, Nr. I/90, S. 15-23
- Wolf, K. D. (1991): Das neue Deutschland - eine »Weltmacht«?, in: *Leviathan*, Nr. 2, S. 247-260.